

Die Nöte einer Schulleiterin

BBS-I-Leiterin Katja Mönnig hat einen Hilfebrieff geschrieben – und bekam deswegen Besuch aus der Politik



Trafen sich in Delmenhorst zum Meinungsaustausch: Frauke Wöhler, Katja Mönnig, Mareike Wulf, Astrid Grotelüschsen und Hendrik Nordmann (von links).

FOTO: INGO MÖLLERS

VON ILIAS SUBJANTO

Delmenhorst. Katja Mönnig war mit ihrer Geduld am Ende. Der Leiterin der Berufsbildenden Schulen (BBS) I Delmenhorst fehlten und fehlen Lehrer und Unterrichtsstunden. „Wir haben aktuell eine Unterrichtsversorgung von 89 Prozent. Und die Situation verschärft sich beispielsweise durch krankheitsbedingte Ausfälle“, klagte sie in einem Gespräch mit mehreren CDU-Bildungspolitikern. Zumal Vertretungslehrer bei überdurchschnittlicher Beanspruchung durch die erhöhten Belastungen irgendwann selber ausfielen – ein Teufelskreis. Die Schulleiterin wollte mit ihren Problemen nicht länger alleine gelassen werden. Sie wandte sich in einem Brief an die Abgeordneten des Delmenhorster Wahlkreises, in dem sie nicht nur die Ursachen besonders prekärer Unterrichtsversorgung beschrieb, sondern auch Ziele für die Zukunft und notwendige Voraussetzungen ansprach und zum Austausch einlud.

Nachdem die SPD-Abgeordneten Deniz Kurku (MdL) und Susanne Mittag (MdB) bereits im März den BBS I einen Besuch abgestattet hatten, war nun die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschsen zum gemeinsamen Gespräch in Delmenhorst. Diese hatte die Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Mareike Wulf, mitgebracht, da viele der angesprochenen Punkte auch in der Verantwortung der Länder liegen würden. Ebenfalls mit dabei war die schulpolitische Sprecherin der CDU Delmenhorst, Frauke Wöhler.

Durch eine Grundgesetzänderung hatten Bund und Länder im Frühjahr den Weg für

den „Digitalpakt Schule“ frei gemacht. Fünf Milliarden Euro sollen innerhalb von fünf Jahren in die Digitalisierung der Bildungsstätten investiert werden – froh macht dies Mönnig nicht unbedingt: „Die Menschen denken, jetzt würden Millionen für die Ausstattung fließen. Das stimmt zwar, aber dass wir auch medienkompetente Lehrer benötigen, daran denkt niemand“, sagte die Schulleiterin.

Probleme mit den neuen Medien hätten weniger die Referendare und die jungen Lehrer, sondern die älteren Lehrkräfte. Um diese Kollegen mitzunehmen, seien Fort- und Weiter-

„Die ganzen Budgetkürzungen haben zu Ängsten geführt.“

Katja Mönnig, Schulleiterin BBS I

bildungen notwendig, die aber sehr teuer seien. Zudem wünscht sie sich Fortbildungen für Pädagogik und Didaktik, nicht nur für die Anwendung der Technik. Private Bildungsanbieter nutzen aus Mönnigs Sicht die große Nachfrage aus. „Außerdem haben die ganzen Budgetkürzungen zu Ängsten geführt“, monierte sie. Dies betreffe ebenfalls den Bereich Personalentwicklung. „Die ständige Unsicherheit mit dem Budget macht langfristige Planungen unmöglich.“

Auch der stellvertretende Leiter der BBS I, Hendrik Nordmann, ist nur verhalten zufrieden mit dem Digitalpakt. „Wir können nicht

1200 Tablet-PCs für unsere Schüler kaufen“, stellte er klar. Außerdem hätten die Betriebe Erwartungen, die die BBS oftmals nicht erfüllen könnten. Wenn die Berufsschule neue Geräte angeschafft und die Lehrkräfte entsprechend geschult habe, hätte der technische Fortschritt schon längst neue Standards geschaffen. Als Beispiel nannte er die Vermittlung von Kenntnissen des Unternehmens-Informationssystem SAP ERP, bei der die Berufsschule schon technisch ständig hinterherhinke. ERP steht für Enterprise-Resource-Planning, also die Planung mit Geld, Personal oder Material in Firmen.

Astrid Grotelüschsen, im Bundestag stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne, zeigte Verständnis für die dargestellten Nöte und beruhigte die verärgerte Schulleitung: „Die Probleme sind erkannt, wir sind auf einem guten Weg.“ Hinsichtlich der Weiterbildungsmängel befände man sich „miten im Prozess“; so werde in Kürze eine „Qualitätsoffensive Lehrerausbildung“ starten. In diesem Projekt werde es an 26 wissenschaftlichen Einrichtungen, beispielsweise der Universität Oldenburg, Lehrerbildungsangebote zum Thema Digitalisierung geben. Was den Software-spezifischen Unterricht angeht, wies sie darauf hin, dass auch Betriebe die Berufsschulen unterstützen und sponsern könnten. Grundsätzlich sei sie aber froh, dass der Digitalpakt den Schulen neue Möglichkeiten eröffne.

Ihre Parteikollegin Mareike Wulf pflichtete ihr bei und betonte, dass eine Anbindung der Schulen ans Gigabit-Netz wichtig sei, um den Digitalpakt wirksam umsetzen zu können.

Beim Problemfeld Weiterbildung räumte sie ein, dass didaktische Inhalte den größten Engpass darstellten. „Es gibt noch keinen großen Anbieter für digitale Lerninhalte“, sagte Wulf. Derzeit werde alles erst entwickelt. Dass Mönnig Schwierigkeiten mit dem Schulbudget gehabt habe, könne sie nachvollziehen. Der entsprechende Engpass im Haushalt sei aber beseitigt worden, sodass diese Probleme nicht erneut auftauchen sollten. Auch gegen den Lehrermangel versuche sie etwas zu unternehmen: Sie wolle sich beim niedersächsischen Kultusminister, Grant Hendrik Tonne

„Die Probleme sind erkannt, wir sind auf einem guten Weg.“

Astrid Grotelüschsen, Abgeordnete

(SPD), dafür einzusetzen, dass die 260 befristeten Lehrerstellen, die zu den Sommerferien auslaufen, erneut verlängert werden. Versprechen könne Wulf aber nichts.

Katja Mönnig ist der Ansicht, dass sie mit den bestehenden Zuständen noch zurechtkomme, wenn auch mehr schlecht denn recht. „Aber mit noch weniger kann ich einfach nicht“, sagte die Schulleiterin. Irgendwann sei eben eine Grenze erreicht. Ob ihr die Gespräche mit den Politikern etwas gebracht hätten? Akute Probleme seien nicht gelöst worden. „Aber zumindest fühlen wir uns verstanden“, meinte Mönnig.